

kann ihm zur Ehre gereichen. Aber daß nach den ganz besonders heftigen Protesten Englands gegen das Telegramm . . . die Sympathien des Kaisers so ganz sich soeben geändert haben, daß die englischen Drohungen ein so wunderbares Ergebnis gehabt haben sollten, das ist nicht angunehmen."

9. November. (Zweite Kammer.) Minister des Auswärtigen van Swinderen tritt über den Streit mit Venezuela mit:

Der Gouverneur von Curaçao habe ihn davon in Kenntnis gesetzt, daß das venezolanische Dekret vom 14. Mai am 1. November noch nicht außer Kraft gesetzt worden sei, daß also Präsident Castro die in der holländischen Note vom 3. September gestellte Forderung nicht erfüllt habe. Hieraus ergebe sich für die Regierung der Niederlande volle Freiheit des Handels. Er, der Minister, habe infolgedessen dem Gouverneur von Curaçao telegraphiert, daß die Regierung jeder Verpflichtung gegen Venezuela ledig sei. Der Gouverneur sei beauftragt worden, das Verbot der Ausfuhr von Waffen nach Venezuela einstweilen aufzuheben, und habe sich dieses Auftrags entledigt.

### XIII.

## Dänemark.

13. Januar. Die „Berlingske Tidende“ schreibt zu den Verhandlungen über den status quo in der Ostsee:

„Derartige Verhandlungen können nicht geführt werden, ohne daß Dänemark wegen seiner großen Interessen am Eingange der Ostsee hinzugezogen würde. In dieser Frage seien die Interessen Schwedens mit denjenigen Dänemarks in allen Hauptpunkten völlig zusammen. Beide Länder könnten ihren Einfluß auf die Erledigung der Frage nur verstärken, wenn sie gemeinsam aufträten. Außerdem bestehe die begründete Vermutung, daß infolge der so fernabstehlichen und vertraulichen Beziehungen zwischen der dänischen und schwedischen Leitung der auswärtigen Angelegenheiten dort, wo beide Staaten gemeinsame Interessen hätten, der eine nicht in Nichtübereinstimmung mit dem andern handeln werde. Dänemark werde selbstverständlich in dieser Sache sich nicht mit einzelnen Mächten in Uebereinkommen einlassen, es sei denn, daß diese Uebereinkommen von allen Großmächten gutgeheißen würden, welche an der Ostseefrage interessiert seien. Denn dies gleichmäßige Rücksichtnehmen auf alle beteiligten Mächte sei gerade das tragende Motiv für das Wesen einer derartigen Statusquointente. Eine Veröffentlichung der Einzelheiten der Ostsee-Entente in diesem wäre kaum zeitgemäß, da die Angelegenheit einen entscheidenden Punkt wohl kaum erreicht habe.“

14. April. Frauenstimmrecht.

Das Folkething genehmigt den bereits vom Landething angenommenen Regierungsvorschlagsentwurf betreffend Einführung des allgemeinen Wahlrechts für alle hundertjährigen Männer und Frauen über 25 Jahre, sowie für alle verheirateten Frauen, deren Männer Steuern bezahlen. Der Entwurf verleiht das Wahlrecht zu allen kommunalen Körperschaften, aus-